

Entscheidung der Bundesregierung

Genehmigung von Nord Stream 2 gestoppt

Stand: 22.02.2022 15:31 Uhr

Die Bundesregierung legt die umstrittene Erdgaspipeline Nord Stream 2 vorerst auf Eis: Das Genehmigungsverfahren sei angesichts des russischen Vorgehens in der Ukraine gestoppt worden, sagte Kanzler Scholz. Putin verstoße massiv gegen das Völkerrecht.

Die umstrittene Erdgaspipeline Nord Stream 2 wird vorerst nicht in Betrieb gehen. Angesichts der jüngsten Schritte von Russlands Präsident Wladimir Putin in Bezug auf die Ukraine hat die Bundesregierung beschlossen, das Projekt vorerst zu stoppen. Das teilte Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Pressekonferenz mit.

Mit Blick auf die neuen Entwicklungen habe die Lage neu bewertet werden müssen, begründete Scholz die Entscheidung. Deshalb habe er das Bundeswirtschaftsministerium gebeten, die nötigen verwaltungsrechtlichen Schritte zu unternehmen, damit vorerst keine Zertifizierung der Gaspipeline erfolgen kann. Das Genehmigungsverfahren wird nun also neu aufgerollt - und das "wird sich sicher hinziehen", so Scholz. "Und ohne diese Zertifizierung kann Nord Stream 2 ja nicht in Betrieb gehen."

Was wirklich geschah:

Auszug aus Michael Lüders, Die scheinheilige Supermacht, C.H.G. Beck, München, 2021, Seite 243 ff.

Im Juli 2020 verabschiedete das US-Repräsentantenhaus einstimmig einen zuvor von Vertretern beider großer Parteien gemeinsam eingebrachten Antrag zur Ergänzung des «**National Defense Authorization Act**» (**NDAA**), der zum 1. Oktober desselben Jahres in Kraft trat. (Ein Hauch von Orwell liegt über dergleichen Bezeichnungen: Dieses «Gesetz zur Autorisierung nationaler Verteidigung» wäre korrekter bezeichnet als *Gesetz zur Förderung der US-Wirtschaft, nötigenfalls unter Einsatz militärischer Gewalt und auf Kosten ihrer Konkurrenten in Übersee.*) Mit dem Ziel, die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber denjenigen Unternehmen zu erweitern, die sich am Bau oder Betrieb konkret zweier Erdgas-Pipelines beteiligen oder beteiligt haben: **Nord Stream 2** und **Turkish Stream**. Letztere wurde voll ständig von Gazprom finanziert und verläuft auf dem Grund des Schwarzen Meeres von Russland in die Türkei. Von dort wird das Erdgas auf bereits bestehenden Trassen in Richtung Europa weitergeleitet Turkish Stream ist seit Januar 2020 in Betrieb.

Nach Verabschiedung besagten Antrages richteten drei republikanische US-Senatoren im August eine scharf verfasste Drohung an den

Fährhafen Sassnitz-Mukran auf Rügen, dem deutschen Endpunkt von Nord Stream 2. Bei diesem Projekt handelt es sich um eine Kooperation von Energiekonzernen aus Deutschland, Österreich, Frankreich und den Niederlanden mit Gazprom. Unter anderem kündigten die Senatoren **«vernichtende» Sanktionen** an, die den Hafen «kommerziell und finanziell» Von den USA «abschneiden», falls erforderlich. Deren Mitarbeiter dürften künftig nicht mehr in die Vereinigten Staaten einreisen, eventuelle Vermögenswerte dort würden «eingefroren». Die Sanktionen sollten greifen, so die Verfasser, sobald die Arbeiten an der Pipeline wiederaufgenommen würden.

Schon zuvor hatte die US-Regierung unmissverständlich signalisiert, den Bau von Nord Stream 2 um jeden Preis verhindern zu wollen. So unterzeichnete Präsident Trump im Dezember 2019 zwei Gesetzesvorlagen, die ebenfalls gegen die Ostsee-Pipeline gerichtet waren: den **«Protecting Europe's Energy Security Act:»** (Gesetz zum Schutz der Energiesicherheit Europas) sowie den **«Countering Americas Adversaries Through Sanctions Act»** (Gesetz zur Einhegung der Gegner Amerikas durch Sanktionen,). Zu dem Zeitpunkt waren 94 Prozent der Trasse bereits verlegt, es fehlten noch die letzten 160 Kilometer auf dänischer (östlich der Insel Bornholm)) und deutscher Seite. Da beide Gesetze allen am Bau beteiligten Firmen **«schwere Vergeltungsmaßnahmen»** in Aussicht stellten, beendete die Schweizer Firma, die bislang federführend die Verlegung der Rohre auf dem Meeresgrund betrieben hatte, die Zusammenarbeit mit dem Konsortium von Nord Stream 2.

Nunmehr musste die russische Seite eigene Verlegungsschiffe und Arbeitskräfte entsenden und stand im Begriff, die unterbrochenen Arbeiten im Sommer 2020 wieder aufzunehmen. Daher der Antrag zur Ergänzung des NDAA-Gesetzes und der Vorstoß der Senatoren, ohne Rücksicht auf Verluste. Denn Nord Stream 2 ist ein Präzedenzfall.

Erstmals nehmen die USA mittels der entsprechenden Gesetzgebung nicht mehr allein vermeintliche «Schurkenstaaten» ins Visier, nunmehr richten sich ihre Sanktionen ausdrücklich gegen Verbündete und angeblich befreundete Regierungen.

Das erklärt, warum sowohl die Bundesregierung wie auch 24 von 27 EU-Mitgliedsstaaten die Drohungen aus Washington zurückgewiesen haben - ohne jedoch Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Sehr treffend kommentiert der Publizist **Theo Sommer**: «Man muss kein Putin-Versteher sein, um auf die Idee zu kommen, dass es Trump in

erster Linie darum geht: *Russland als Energielieferanten vom Markt zu drängen und den Deutschen dafür das teurere amerikanische Flüssiggas anzudrehen.* Deswegen setzt er - im Einklang mit dem Kongress - alles daran, den Fertigbau von Nord Stream 2 zu verhindern.» Es steht viel auf dem Spiel: Die von der US- Regierung und den Senatoren angedrohten «sofortigen und vernichtenden Sanktionen» könnten bis zu 120 europäische Unternehmen betreffen, aber auch Behörden und Amtsträger, weit über Sassnitz hinaus. Im Fall eines Baustopps von Nord Stream 2 müssten zwölf Milliarden Euro Investitionskosten abgeschrieben werden, würde sich der deutsche Gasimport um jährlich vier Milliarden Euro verteuern.

Seit langem übt Washington massiven Druck auf die Bundesregierung aus, damit Deutschland statt des russischen das deutlich teurere US-Fracking-Gas bezieht, das zunächst verflüssigt und komprimiert, anschließend auf Flüssiggas-Transportschiffe verladen wird. Dieses Gas stammt überwiegend aus dem Mittleren Westen der USA, wird von dort über Pipelines an die Ostküste und anschließend nach Europa befördert. So jedenfalls der Plan. Es liegt auf der Hand, dass allein aufgrund der großen Entfernung und der technisch aufwändigen Verarbeitung dieses amerikanische Gas mit dem russischen nicht konkurrieren kann, nicht unter regulären Wettbewerbs-Bedingungen. Dennoch setzt die US-Regierung verstärkt auf den europäischen und insbesondere den deutschen Markt.

Allerdings können die für den Transport von Flüssiggas vorgesehenen Schiffe nur in eigens dafür ausgelegten Tiefseehäfen andocken, die es in Deutschland bislang nicht gibt. Wie man den Vorgang auch dreht oder wendet - der Import dieses Liquefied Natural Gas» (LNG) aus den USA rechnet sich ökonomisch nicht. Nicht für die deutsche Seite jedenfalls. Dennoch haben Bundeskanzlerin Merkel und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) im März 2019 eine Rechtsverordnung in die Wege geleitet, die hiesige Fernleitungsnetzbetreiber verpflichtet, «die erforderlichen Leitungen zwischen den LNG-Terminals und dem Fernleitungsnetz zu errichten». Diesen Plänen zufolge sollen zwei oder drei Tiefseehäfen entstehen, in Brunsbüttel an der Elbe sowie, im Nachgang entschieden, in Wilhelmshaven und/oder in Stade. Die Kosten dafür trägt vollständig der hiesige Endkunde, denn Investitionen in die Infrastruktur dürfen von den Betreibern «eingepreist» werden.

Anders gesagt: **deutsche Nutzer subventionieren das hier nicht wettbewerbsfähige, umweltschädigend geförderte Fracking-Gas aus den USA.**

Hat dieser vorausseilende Gehorsam in Berlin dazu geführt, dass die US-Regierung von Sanktionsandrohungen gegenüber Samsnitz und Nord Stream 2 abgesehen hätte? Wie erst einen Monat später-, auf dem Höhepunkt der Nawalny-Affäre, bekannt wurde, hatte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) der US-Regierung, seinem Amtskollegen Steve Mnuchin, unmittelbar nach dem Drohbrief der drei Senatoren einen Kuhhandel angeboten, erst telefonisch dann schriftlich. Demzufolge werde Deutschland mit substantieller Staatshilfe den Import von Erdgas aus den USA fördern, wenn die im Gegenzug auf Sanktionen gegen den Import von Erdgas aus Russland verzichten. Konkret verspreche der Bund, in dem Fall seine Subventionen zum Bau der LNG-Terminals «massiv durch die Bereitstellung von einer Milliarde Euro zu erhöhen». Was übrigens für die beteiligten Fernleitungsnetzbetreiber bedeutet, so es dazu kommt. Dass sie zunächst Subventionen für den Bau erhalten und die bereits abgeholzten können ein zweites Mal an die Verbraucher weiterleiten können – siehe oben. Die Bundesregierung hat den Vorstoß von Scholz nie kommentiert, die Antwort aus Washington ist offiziell nicht bekannt.

Und so ging die Sache aus:



LNG-Eröffnung in Wilhelmshaven „Ein wichtiger Beitrag für die Sicherheit“

Stand: 17.12.2022 14:05 Uhr

Bundeskanzler Scholz hat in Wilhelmshaven das erste Flüssigerdgas-Terminal Deutschlands eröffnet. Er lobte die Errichtung in einer Rekordzeit von zehn Monaten. Das LNG-Terminal sei ein "ganz wichtiger Beitrag für unsere Sicherheit".

Festakt in Wilhelmshaven: Bundeskanzler Olaf Scholz hat im niedersächsischen Wilhelmshaven das erste deutsche Flüssigerdgas-Terminal offiziell eröffnet. Mit diesen und den weiteren LNG-Terminals werde die deutsche Energieversorgung "unabhängig von den Pipelines aus Russland", sagte Scholz in seiner Rede auf dem Spezialschiff "Höegh Esperanza". Das Terminal sei ein "ganz, ganz wichtiger Beitrag für unsere Sicherheit".

Über das Terminal sollen jährlich rund sechs Prozent des deutschen Erdgasbedarfs ins Netz eingespeist werden. Die sogenannte Floating Storage and Regasification Unit (FSRU) nimmt verflüssigtes Erdgas (LNG) von Tankern auf und wandelt es an Bord in Gas um. Nach Angaben des Konzerns soll ab Donnerstag Gas ins deutsche Pipelinennetz eingespeist werden.